Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

01.09.1986 - Drucksache 11/696

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/696
01. 09. 86

Antrag der Fraktion der GRÜNEN

Arbeitsmarktpolitische Wirkungen durch Ausweitung der Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse nach dem am 1. Mai 1985 in Kraft getretenen „Beschäftigungsförderungsgesetz"

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Freie Hansestadt Bremen (Land) wird von den folgenden Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes vom 26. August 1985 (Bundesgesetzblatt I, 1985, 710 ff.) in ihren Dienststellen und Einrichtungen als Arbeitgeber keinen Gebrauch machen:

a) Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund nach Art. 1 § 1 Beschäftigungsförderungsgesetz abzuschließen,

b) Arbeitnehmer mit einer kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit nach Art. 1 § 4 Beschäftigungsförderungsgesetz zu beschäftigen,

c) Arbeitsplätze mit einer Vertretungsverpflichtung auf zwei und mehr Arbeitnehmer nach Art. 1 § 5 Beschäftigungsförderungsgesetz aufzuteilen,

d) Leiharbeitnehmer entsprechend Art. 1 § 1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in Fassung des Art. 8 Beschäftigungsförderungsgesetz zu beschäftigen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) empfiehlt, das Beschäftigungsförderungsgesetz in den Dienststellen und Einrichtungen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven im Sinne von Nr. 1 dieses Antrags nicht anzuwenden.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert alle Vertreter des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wie Bremerhaven in den Entscheidungs- und Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Betriebe und Unternehmen, an denen das Land oder die Kommune an Gesellschaftsvermögen beteiligt sind, der Stiftungen, Vereine oder sonstigen Körperschaften, in denen sie mit Sitz und Stimme vertreten sind, auf, sich dafür einzusetzen, daß das Beschäftigungsförderungsgesetz im Sinne von Nr. 1 dieses Antrages keine Anwendung findet.

Bischoff, Fücks und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen